



Sportausschuß

39. Sitzung (nicht öffentlich)

22. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.55 Uhr

Vorsitz: Dr. Hans Kraft (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2897, 12/2998 und 12/2903

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

hier: Förderung des Sports - Entwurf des 22. Landessportplanes

in Verbindung damit:

Artikel 1 §§ 20 und 28 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4202

Die Einzelabstimmungen wie auch der Wortlaut der vorgelegten Anträge können Vorlage 12/3231 entnommen werden.

Der Ausschuß nimmt die ihn betreffenden Bereiche der oben näher bezeichneten Gesetzentwürfe mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

2 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2935, 12/2939 und 12/2985

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/334, 12/3335, 12/3340, 12/3341,
12/3347, 12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360
12/3362 und 12/3395

4

- Abschließende Beratung und Votum an den federführenden AIV

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung unter der Maßgabe, daß dem Sport dadurch keine Nachteile entstehen dürfen, mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Richtlinienentwicklung für den Schulsport

7

- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis (MASSKS)
- Diskussion

4 Weltgipfel zum Schulsport

(Tischvorlage siehe Anlage)

- Bericht durch Ministerin Ilse Brusis (MASSKS) *(siehe Vorlage 12/3040)*

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlage 12/2897, 12/2998 und 12/2903

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport

hier: Förderung des Sports - Entwurf des 22. Landessportplanes

in Verbindung damit:

Artikel 1 §§ 20 und 28 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4202

Heidi Berger (SPD) legt dar, mit dem vorgelegten Haushalt der Landesregierung sei ihres Erachtens trotz nicht nur in Nordrhein-Westfalen knapper Kassen ein ganz hohes Maß an Kontinuität in der Sportpolitik gewährleistet. Besonders erfreulich sei, daß der Ausbau und die Modernisierung der nordrhein-westfälischen Sportstätteninfrastruktur nicht nur sichergestellt sei, sondern man durch entsprechende Erhöhungen diesbezüglich auch weiter vorankomme. Es handele sich hierbei nicht um einen unerheblichen Betrag und um eine gute Grundlage, denn in dem Bereich des GFG seien für die Errichtung von Sportstätten an Schulen im Rahmen des Schulbauprogramms 2,2 Millionen DM bereits von Regierungsseite vorgesehen sowie im Bereich der Zuweisung zum Sportstättenbau der Gemeinden und Gemeindeverbände noch einmal 1,2 Millionen DM.

In zwei Punkten nehme ihre Fraktion eine andere Haltung zu den von der Landesregierung vorgeschlagenen Kürzungen ein. Die entsprechenden Ansätze im Bereich der Förderung des allgemeinen Hochschulsports und für die Durchführung des Landessportfestes der Schulen sollten wieder auf ihr ursprüngliches Niveau zurückgenommen werden. Gerade im Schulbereich halte ihre Fraktion es für wichtig, daß sich die Schüler auch in ihren Leistungen messen könnten. Da immerhin 150.000 Jungen und Mädchen nähmen jährlich in 12.000 Mannschaften am Landessportfest der Schulen teil, sollten die Grundlagen nicht reduziert werden.

Vor diesem Hintergrund legten die Koalitionsfraktionen diese beiden Anträge vor, und man bitte um Zustimmung.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) meint, von Kontinuität im Sporthaushalt könne eigentlich nur dann gesprochen werden, wenn bei steigenden Mitglieder-, Übungsleiter- und Vereinszahlen auch Kontinuität in der Steigerung der Finanzmittel gewährleistet werde. Hinzu kämen der Investitionsstau und die sehr vielen Anträge auf Modernisierung und Neubauten, die auf Jahre nicht mehr angenommen werden könnten. Insofern betrachte sie es als schwierig, hier von Kontinuität zu sprechen.

Hinsichtlich des Antrags ihrer Fraktion bezüglich der Förderung des allgemeinen Hochschulsports erinnert sie an den Koalitionsvertrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie an den "Qualitätspakt". Die Mittel in diesem Bereich herunterzufahren, sei unmöglich. Auch wenn mit dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen auf den Stand des alten Ansatzes erhöht werde, erreiche man noch lange nicht den Ansatz von 10 DM, den etwa Baden-Württemberg pro Student zahle. Vor dem Hintergrund, daß eine hervorragende Arbeit im allgemeinen Hochschulsport geleistet werde und die Hochschulen sich auf den "Qualitätspakt" verließen, sollte zumindest die von seiten ihrer Fraktion geforderte Erhöhung von zusätzlich 0,50 DM pro Student bezogen auf den Vorjahresansatz in den Haushalt eingestellt werden.

Vor dem Hintergrund steigender Übungsleiterzahlen könne nicht jedes Jahr gejubelt werden könne, daß der Betrag von 23 Millionen DM gehalten worden sei. Insbesondere weist die Abgeordnete darauf hin, daß bei den Zuschüssen zu den Ausgaben für Übungsleiter auch die Konkurrenz von VHS und Familienbildungsstätten berücksichtigt werden müßten. Daher schlage ihre Fraktion auch eine Steigerung des Ansatzes um 2 Millionen DM vor, um in diesen Bereich zumindest ein wenig Kontinuität hineinzubringen.

Der CDU-Antrag bezüglich der Anhebung der Haushaltsmittel bei den Anteilen der Rennvereine an der Totalisatorsteuer betreffe zwar nicht das Sportressorts, aber das Thema berühre auch den Sportbereich. Gerade im Hinblick auf das neue Sportwettengesetz sollte der im Haushaltsjahr 1999 gesenkte Rückfluß der Rennwettsteuer von 96 % auf 93 % an die Vereine wieder zurückgenommen werden. Hier sollte ein entsprechendes Votum an den entsprechenden Ausschuß weitergeleitet werden.

Ursula Schmelting-Hebeler (GRÜNE) meint, das Thema des zuletzt von ihrer Vorrednerin begründeten CDU-Antrags sollte in der Tat der federführende Ausschuß aufnehmen, da es nicht in den Sportbereich gehöre. Im übrigen sollten dann nicht nur die Trab- und Rennvereine berücksichtigt werden, sondern auch die Suchtvorbeugung. All das müßte in dem Paket mit verhandelt werden.

Heidi Berger (SPD) merkt zu den CDU-Anträgen an, vieles sei sicherlich wünschenswert, etwa die Erhöhung der Übungsleitergelder. Aber die Koalitionsfraktionen hätten als Regierungsfractionen auch noch ein Stück andere Verantwortung. Es könne nicht mehr ausgeben

werden, als der Landeshaushalt hergebe. Insgesamt gebe es über das Land verteilt die unterschiedlichsten Bedarfe, die auch befriedigt werden müßten.

Sie erinnert sodann an eine ähnliche Situation 1994, als die SPD-Fraktion den Antrag gestellt habe - dem dann auch stattgegeben worden sei -, die Mittel für die Übungsleiterpauschale von 19 Millionen DM auf 23 Millionen DM anzuheben. Dem habe die CDU-Fraktion damals nicht zugestimmt. Insofern hätte der Sport über die fünf Folgejahre aufaddiert 20 Millionen DM weniger, wenn die SPD-Fraktion diese Erhöhung seinerzeit nicht durchgesetzt hätte. Wenn der Vorschlag der CDU-Fraktion auch wünschenswert sei, könne er aus Haushaltssicht leider nicht erfüllt werden.

Hinsichtlich der Förderung des allgemeinen Hochschulsports gelte die gleiche Begründung. Im Rahmen der Einsparungsmaßnahme habe die Landesregierung in diesem Bereich kürzen müssen. Insofern sei der Antrag der Koalitionsfraktionen, wieder den alten Ansatz einzusetzen, zu begrüßen.

Bei der Einnahmeentwicklung für die Rennvereine aus dem Bereich der Oddset-Wetten gehe sie ebenfalls davon aus, daß noch einmal überlegt werden müsse, ob ein Ausgleich notwendig sei und wenn ja, in welcher Höhe der gewährt werden könne.

Leonhard Kuckart (CDU) betrachtet es als unfair, ungerecht und ebenso unkollegial, den Vorgang von 1994 ohne Erläuterung herauszugreifen, der so wie dargestellt nicht stimme.

Wenn die SPD-Fraktion den Vorschlägen der CDU in den Jahren 1985 bis 1995 gefolgt wäre, lägen die Pauschalen für Übungsleiter jetzt bei 40 Millionen DM - dafür hätten jeweils auch die entsprechenden Deckungsvorschläge vorgelegen - und die Mittel für den Sportstättenbau lägen bei 350 Millionen DM. Jedesmal habe die SPD-Fraktion dazu nein gesagt.

Auch wenn er wisse, daß die SPD-Fraktion in Problemen stecke, dürfte das nicht zu Behauptungen führen, die der Wahrheit so nicht entsprächen.

Heidi Berger (SPD) erwidert, die CDU-Fraktion habe damals nicht mitgestimmt. - Die heutige Grundüberlegung sei zu schauen, was der Haushalt für welche Maßnahmen hergebe. Insofern könne einer Erhöhung nicht zugestimmt werden.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) merkt an, man habe seinerzeit nicht mitgestimmt, weil man mehr gefordert habe. - Die Vereine arbeiteten fantastisch, die ehrenamtliche Arbeit sei bewundernswert und dies müsse man unterstützen. Die Nichterhöhung der Übungsleitergelder das 630-Mark-Gesetz und die Neuregelung bezüglich der Scheinselbständigkeit - all dies seien Dinge, die Vereine nicht nur vom Arbeitsanfall her, sondern auch finanziell belasteten. Insofern sollten hier keine Sonntagsreden bezüglich des Ehrenamtes gehalten werden, wenn es seit langem nicht mehr finanziell steigend unterstützt werde, damit die Kontinuität, die Frau Berger zu Beginn erwähnt habe, auch Realität sei.

Für **Rolf Seel (CDU)** erweckt Frau Berger den Eindruck, als seien die Anträge der CDU unseriös. Er halte es für unredlich der CDU Unseriosität nachzuweisen, wenn Frau Berger behaupte, es sei kein Geld vorhanden, gleichwohl aber 750.000 DM von seiten der Koalitionsfraktionen nun mehr in den Landeshaushalt eingestellt würden, für die er noch keinen Deckungsvorschlag finde. Dagegen seien alle CDU-Anträge gedeckt; die Deckung für alle Anträge in den Fachausschüssen werde im Haushalts- und Finanzausschuß im einzelnen nachgewiesen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) begründet das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion wie folgt: Die CDU-Fraktion werde sich bei den heute erst vorgelegten Anträgen der Koalitionsfraktionen enthalten, da man diese noch nicht in der Fraktion habe beraten können.

Die von den Koalitionsfraktionen angestrebte Erhöhung bei der Förderung des allgemeinen Hochschulsports behindere man mit der Enthaltung nicht, aber - so hebt sie abschließend hervor - ihre Fraktion verlange mehr.

Beim Antrag bezüglich der Förderung des Landessportsfestes werde man sich ebenfalls der Stimme enthalten. Sollte dafür noch eine Deckung mitgeteilt werden, könne man nach Absprache mit der Fraktion später im Plenum immer noch dafür oder dagegen stimmen.

(Abstimmungsergebnisse siehe Beschlußteil)

2 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4076

Vorlagen 12/2933, 12/2935, 12/2939 und 12/2985

Zuschriften 12/3330, 12/3333, 12/334, 12/3335, 12/3340, 12/3341, 12/3347, 12/3348, 12/3349, 12/3352, 12/3356, 12/3360 12/3362 und 12/3395

Heidi Berger (SPD) führt aus, der Sport sei mit diesem Gesetzentwurf insofern betroffen, als er unter Umständen in anderen Bereichen, in denen der Sport Destinatär sei, an den entsprechenden Wetterträgen beteiligt sei. Durch das Sportwettengesetz könnten Rückgänge zu verzeichnen sein. Ihre Fraktion gehe davon aus, daß über eine neu einzuführende Oddset-Wette in Nordrhein-Westfalen keine Nachteile entstehen dürften, und schlage vor, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) schließt sich den Worten seiner Vorrednerin im wesentlichen an. Heute solle aus der Sicht des Sports eine Empfehlung an den federführenden Innenausschuß abgegeben werden. Über die Empfehlung hinaus seien aus der Sicht seiner Fraktion bis zur abschließenden Beratung im federführenden Ausschuß noch weitere Dinge zu klären, die

THE BERLIN AGENDA FOR ACTION FOR GOVERNMENT MINISTERS

The World Summit on Physical Education reinforces the importance of Physical Education as a life-long process. It is particularly important for every child as articulated in the International Convention on the Rights of the Child. All children have a right to: (1) the highest level of health; (2) free and compulsory primary education for both cognitive and physical development; (3) rest and leisure; and (4) play.

THE BERLIN AGENDA CALLS FOR ACTION BY GOVERNMENTS AND MINISTRIES RESPONSIBLE FOR EDUCATION AND SPORT TO:

- implement policies for Physical Education as a human right for all children;
- recognise the distinctive role of Physical Education in physical health, overall development and safe, supportive communities;
- recognise that quality Physical Education depends on well qualified educators and curriculum time, which are possible to provide even where other resources like equipment are in short supply;
- invest in initial and in-service professional training and development for educators;
- recognise that failure to provide Physical Education costs more in health care than the investment needed for Physical Education;
- support research to improve the effectiveness and quality of Physical Education.
- work with international financial institutions to ensure Physical Education is part of the definition of education.

Why take these actions? Quality Physical Education:

- is the most effective and inclusive means of providing all children, whatever their ability/disability, sex, age, cultural, race/ethnicity, religious or social background, with the skills, attitudes, values, knowledge and understanding for life long participation in physical activity and sport;
- helps to ensure integrated and rounded development of mind, body and spirit;
- is the only school subject whose primary focus is on the body, physical activity, physical development and health;
- helps children to develop the patterns of and interest in physical activity, which are essential for healthy development and which lay the foundations for adult healthy lifestyles;
- helps children to develop respect for the body - both their own and others';
- develops understanding of the role of physical activity in promoting health.
- contributes to children's confidence and self esteem;
- enhances social development by preparing children to cope with competition, winning and losing; and co-operation and collaboration;
- provides the skills and knowledge for future work in sport, physical activity, recreation and leisure, a growing area of employment.